



KITA-ABSTIMMUNG AM 9. JUNI

Ja zum Kita-Volksvorschlag!

Am 9. Juni stimmen wir über den Volksvorschlag «Betreuungsgutscheine ja, aber fair!» ab. Ein Komitee bestehend u. a. aus SP, Grünem Bündnis und Gewerkschaften will damit erreichen, dass das Gutscheine-System für Kitaplätze sozialverträglich ausgestaltet wird: Keine Erhöhung der Kitapreise für Eltern, kein Zweiklassensystem, keine Privatisierung der städtischen Kitas!

Schon wieder eine Kita-Abstimmung? Ja! Der Volksvorschlag «Betreuungsgutscheine ja, aber fair» ist nötig, um sicherzustellen, dass das neue System mit Betreuungsgutscheinen auf eine sozialverträgliche Art umgesetzt wird. Aber der Reihe nach: Nachdem vor zwei Jahren die Kita-Initiative der SP abgelehnt und der Gegenvorschlag der Rechts-Mitte-Koalition für Betreuungsgutscheine angenommen wurde, hat der Gemeinderat ein neues Kita-Reglement (Betreuungsreglement FEBR) erarbeitet. Er tat das in Zusammenarbeit mit einer breit abgestützten Arbeitsgruppe aus Fachleuten und Befürwortern der Gutscheine. Die SP konnte das vorgeschlagene Reglement im Sinne eines Kompromisses unterstützen. Leider verschärfte aber die Rechts-Mitte-Parteien (SVP bis GFL) im Stadtrat die Vorlage in drei wesentlichen Punkten. In der Folge lancierten SP, Grünes Bündnis, Gewerkschaften und weitere Organisationen einen Volksvorschlag, über den nun am 9. Juni abgestimmt wird.

Wichtig: Der Volksvorschlag akzeptiert den vom Volk beschlossenen Systemwechsel auf Betreuungsgutscheine und das vom Gemeinderat vorgeschlagene Reglement. Er will jedoch die 3 Verschärfungen rückgängig machen:

1. Die Tarifobergrenze soll nicht abgeschafft werden. Denn sonst könnten die Kitas ihre Preise beliebig erhöhen. Die Eltern müssten mehr bezahlen (der Gutschein deckt nur ei-

nen Teil der Kosten) und trotz Subvention könnten sich nicht mehr alle Eltern einen Kita-Platz leisten. Auch die soziale Durchmischung würde leiden: Es gäbe teurere Kitas für besser gestellte Familien und Kitas für bescheidenere Einkommen – ein Zweiklassensystem.

2. Die Stadt soll für die städtischen Kitas eine Defizitgarantie übernehmen können. Dies ist nötig, denn sie nehmen mehr Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen und mit erhöhtem Betreuungsbedarf auf als private Kitas. Sie bilden viel mehr Lehrpersonen aus, achten auf gute Arbeitsbedingungen und führen Kitas auch an Orten, die für die Betreiber nicht lukrativ sind. Kurz: Die städtischen Kitas springen dort ein, wo der

«Chancengleichheit bedeutet, allen gerecht zu werden, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das funktioniert nicht nach dem reinen Wettbewerbsprinzip.»

Markt nicht spielt. Ohne Defizitgarantie muss davon ausgegangen werden, dass die städtischen Kitas nach der Übergangsfrist privatisiert werden müssen.

3. Die Höhe der Kita-Gutscheine soll nicht alljährlich vom Stadtrat neu festgelegt werden und somit zum politischen Spielball werden. Der Volksvorschlag will, dass der Gemeinderat die Höhe des Fixbeitrags aufgrund der effektiven Kosten verbindlich festlegt und somit den



Kitas – privaten und städtischen – Planungssicherheit gibt.

Kinder sind keine Ware! Sie haben unterschiedliche Bedürfnisse und bringen unterschiedliche Voraussetzungen mit. Chancengleichheit bedeutet, allen gerecht zu werden, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das funktioniert nicht nach dem reinen Wettbewerbsprinzip. Die heutigen einheitlichen Tarife (abgestuft nach Einkommen) und die städtischen, nicht gewinnorientierten Kitas sind wichtige sozialpolitische Errungenschaften, die wir nicht über Bord werfen sollten.

Deshalb: JA zum Volksvorschlag, NEIN zum Reglement des Stadtrats. Und bei der Stichfrage das Kreuz beim Volksvorschlag.



Ursula Marti
Stadträtin SP



JA ZUR TEILREVISION DER BAUORDNUNG

Wohnraum in Bern schützen

Mindestens 5500 Wohnungen sind in Bern gefährdet, wenn die städtische Bauordnung nicht angepasst wird. Die Stadt braucht eine neue Rechtsgrundlage, um bestehenden Wohnraum weiterhin gegen Umnutzung oder Abbruch zu schützen. Die SP engagiert sich für ein Ja zur Teilrevision der Berner Bauordnung am 9. Juni.

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert herrscht in Bern Wohnungsnot. Der Leerwohnungsbestand liegt momentan bei tiefen 0,44 Prozent. Das heisst: Nur gerade 300 von

über 75 000 Wohnungen sind frei. Gleichzeitig wird das Bauland knapp. Als Folge davon sind neu gebaute Wohnungen oft schon vor der Fertigstellung vergeben, und das zu happigen Preisen.

Attraktive Wohnungen zu bezahlbaren Preisen gehen meist unter der Hand weg. Das Mieten von Wohnungen, die auf dem Markt sind, ist teuer. Unter dieser prekären Situation auf dem Wohnungsmarkt leiden viele Einwohnerinnen und Einwohner. Besonders Familien haben Mühe, in Bern eine genügend grosse und bezahlbare Wohnung zu finden – kostet doch beispielsweise eine Vierzimmer-Wohnung im Durchschnitt über 2000 Franken monatlich.

Bestehenden Schutz weiterführen

Ohne die geplante Teilrevision der städtischen Bauordnung verschärft sich die schon angespannte Wohnsituation in Bern weiter. Diese städtische Regelung zum Schutz von Wohnraum wurde nötig, nachdem der Grosse Rat eine entsprechende kantonale Schutzbestimmung (WERG) aufgehoben hatte.

Die Stadt Bern hatte mit dieser Regelung gute Erfahrungen gemacht und kann nicht darauf verzichten. Mit einer Anpassung der Bauordnung will Bern den bisherigen Schutz von Wohnraum nun weiterführen: Eine Wohnung abzurreissen oder sie für Büros oder Verkaufsflächen umzunutzen, soll auch künftig nur mit behördlicher Bewilligung möglich sein. Und zwar so lange, wie Wohnungsnot herrscht und

der Leerwohnungsbestand weniger als ein Prozent beträgt.

Für die betroffene Wohnungseigentümerschaft ändert sich mit dieser Teilrevision wenig. Sie kennt die Bestimmungen seit fast 40 Jahren und weiss, wie damit umzugehen ist. Besitzerinnen und Besitzer können ihre Wohnungen weiterhin renovieren und Anpassungen vornehmen.

«Nur gerade 300 von über 75 000 Wohnungen sind frei.»

Hinzu kommt, dass die Stadtbehörden in den letzten Jahren in begründeten Einzelfällen immer wieder Ausnahmegewilligungen erteilten. Die Bestimmungen werden also mit Augenmass angewendet.

Umfassender Schutz

Ohne die Teilrevision der Bauordnung wird der städtische Wohnraumschutz löchrig. Es könnten gemäss Schätzungen 5500 Wohnungen umgenutzt oder ersatzlos gestrichen werden. Der Schutz von Wohnraum ist für Mieterinnen und Mieter wichtig. Die Zustimmung zur Teilrevision der Bauordnung am 9. Juni 2013 bedeutet einen wichtigen Beitrag dazu.

ZUSÄTZLICHEN WOHNRAUM SCHAFFEN

Die SP setzt sich für mehr Wohnraum in Bern ein: Im letzten Oktober reichte sie mit Partnerorganisationen die Initiative «für bezahlbare Wohnungen» ein. Diese sieht vor, den Bau von preisgünstigen und gemeinnützigen Wohnungen gezielt zu fördern.

Zudem fordern parlamentarische Vorstösse, dass der Gemeinderat endlich die Zahl der Zweitwohnungen erhebt. Es scheint, dass es auch in Bern einige tausend kalte Betten gibt. Sobald diese Angaben vorliegen, besteht eine Grundlage, um Massnahmen im Zusammenhang mit der Zweitwohnungsproblematik zu diskutieren. Das könnte den Mietmarkt weiter entlasten.



Marieke Kruit
Stadträtin SP

REGIERUNGSSTATTHALTERWAHLEN VOM 9. JUNI 2013

Christoph Lerch stellt sich und sein Amt vor

Was sind die wichtigsten Aufgaben eines Regierungsstatthalters und welche Fähigkeiten muss ein Kandidat mitbringen?

Ein typischer Arbeitstag verläuft zwischen Gesprächen mit meinem Führungsteam, Besuchen in einer Gemeinde oder Besichtigungen vor Ort, der Leitung von Anhörungen, der Beantwortung von Anfragen und der Vorbereitung von Sitzungen. Es geht um Bau- und Gastgewerbebewilligungen, die Anfechtung von Sozialhilfef Verfügungen, Erbschaftssachen oder Beschwerden gegen Wahlen und Abstimmungen in den Gemeinden. Zu aktuellen Themen wie Gewaltprävention bei sportlichen Grossanlässen oder Prävention von häuslicher Gewalt leite ich Runde Tische. Dazu kommt der Pikettdienst bei Bränden oder Naturkatastrophen. Genaue Kenntnisse der Verwaltungsabläufe, eine gute Arbeitsorganisation und eine Portion Gelassenheit helfen dabei sehr.

Welches sind deine grössten Erfolge als Regierungsstatthalter?

Es freut mich, dass sich in der Stadt Bern das Security-Konzept in der Aarberggasse bewährt und als Modell für andere Stadtteile und Betriebe mit Überzeitbewilligungen dient. Und ich bin stolz auf mein Team, dass keine der grossen Baubewilligungen, z. B. für Wank-

dorf City, Postfinance oder die Kursaalenerweiterung, angefochten wurden.

Vor gut einem Jahr wurdest du wegen deines Entscheids zur Reitschule heftig kritisiert, auch von Genossinnen und Genossen. Worum ging es da eigentlich und wie siehst du die Sache heute?

Ich hatte fast 100 Lärmklagen von Anwohnerinnen und Anwohnern auf dem Pult. Deshalb habe ich mit den Fachstellen nach Lösungen des Lärmproblems gesucht und entsprechende Betriebseinschränkungen verfügt. Seither gibt es ein Nachtlebenkonzept der Stadt und ein Sicherheitskonzept der Reitschule. Als Regierungsstatthalter muss ich sowohl die Interessen der Nachtschwärmerinnen und Nachtschwärmer als auch das Bedürfnis nach Nachtruhe berücksichtigen. Kommunikativ war mein Vorgehen allerdings nicht optimal, das würde ich heute anders machen.

Vor vier Jahren hast du dein Amt als Traumjob bezeichnet. Und heute?

Das unterschreibe ich auch heute.

Lange schien es, dass eine stille Wahl stattfinden würde. Im letzten Moment ist aber eine Gegenkandidatin, Simone Rebmann von der Grünen Partei – Demokratische Alternative, aufgetaucht. Kurz ein Werbespot, warum man dich und nicht die Konkurrentin wählen soll?

«Ich bin voller Energie und habe Freude an der Arbeit. Den Wählerinnen und Wählern garantiere ich, dass ich weiterhin unabhängig, umsichtig und eigenständig handeln und entscheiden werde.»

Ich konnte Frau Rebmann noch nicht kennen lernen und bin gespannt auf die Auseinandersetzung mit ihr. Meine Vorteile liegen sicher darin, das Statthalteramt gut zu kennen und die Arbeit effizient fortsetzen zu können. Ich bin voller Energie und habe Freude an der Arbeit. Den Wählerinnen und Wählern garantiere ich, dass ich weiterhin unabhängig, umsichtig und eigenständig handeln und entscheiden werde. Ich hoffe am 9. Juni auf eine gute Wahlbeteiligung und ein klares Resultat.

Interview: Christoph Salzmann



CHRISTOPH LERCH IN KÜRZE

Der 56-jährige Fürsprecher und Dr.iur. ist seit über 20 Jahren mit Irene Graf verheiratet. Gemeinsam mit den beiden Söhnen Till (23) und Moritz (21) lebt die Familie im Weissenbühlquartier in Bern. Die Familien- und Hausarbeit haben Christoph und Irene von Anfang an aufgeteilt. Geboren wurde Christoph in Aarberg, aufgewachsen ist er in Thun. Vor seiner Wahl als Regierungsstatthalter im Jahr 2009 war er in der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion und an der Berner Fachhochschule tätig. In seiner Freizeit zieht es ihn auf Bergwanderungen oder auf Ski- und Velotouren. Er singt als Tenor in einem Vokalquartett.

Mehr unter www.christophlerch.ch

Journal B: Berner Lokalpolitik online



Journal B ist das neue Berner online-Medium für Lokal- und Kulturpolitik. Ein kühnes Unterfangen: Am Sitz der Redaktion an der Lorrainestrasse 6 berichtet ein fünfköpfiges Team seit sechs Monaten täglich in zwei bis drei Beiträgen über Alltag, Politik und Kultur in der Stadt Bern.

Die Erwartungen zum Start waren sehr hoch und stehen in direktem Verhältnis zur Unzufriedenheit vieler – gerade auch linker – LeserInnen mit Bund und BZ. Mit nur 3,8 Vollzeitstellen kann Journal B diese Erwartungen sicher nicht von Beginn an erfüllen. Und trotzdem: Journal B wird wahrgenommen und stellt eine eigenständige Stimme in der Stadt Bern dar, zum Beispiel bei der Kita-Abstimmung im Juni oder in der Finanzpolitik. Eigenständig ist Journal B auch bei Kultur- und Alltagsthemen und gut vernetzt mit der Kulturagenda und Radio Rabe.

Journal B ist kostenlos zu lesen und will so zur Meinungsvielfalt beitragen. Ein Medium mit Bezahlschranke wäre nur für Privilegierte zugänglich. Journal B finanziert sich zu einem guten Teil durch Mitgliederbeiträge von jenen Menschen in Bern, denen diese Meinungsvielfalt und die lokale Verwurzelung wichtig sind und die ein Medium mit überraschenden Zugängen und alternativer Sichtweise schätzen. Empfehlenswert sind beispielsweise die Kolumnen, von Johannes Wartenweiler über die Arbeitswelt, von Guy Krneta, Lisa Catena oder Fredi Lerch.

Journal B rechnet mit einem Budget von rund CHF 600'000 pro Jahr. Einen wichtigen Startbeitrag leistete die Stiftung Medienvielfalt, welche auch die Tageswoche in Basel unterstützt. Für 2013 benötigt Journal B mindestens 600 Mitglieder, um die gesteckten Ziele zu erreichen und die Finanzierung sicherzustellen. Deshalb mein Wunsch: Journal B lesen und mitmachen im Verein. Im Gegensatz zum Jammern steht das Mitmachen in direktem Verhältnis zu den Möglichkeiten der Redaktion, Journal B zu stärken.

www.journal-b.ch



Thomas Göttin
Vorstandsmitglied Trägerverein Journal B,
Stadtrat SP

Die JUSO und die SP Wohlen kämpfen gemeinsam gegen Auswüchse im Polizeireglement

Wohlen bei Bern ist mit seinen knapp 9000 Einwohnern zum Glück keine reine Schlafgemeinde. Wohlen lebt, teilweise auch nachts, was zu Problemen führen kann. Es gibt Einwohner, die sich gestört fühlen. Das kann man verstehen. An runden Tischen ist mit einigem Erfolg an verbindlichen Abmachungen gearbeitet worden, dies mit Beteiligung von GemeinderätInnen, vor allem aus der SP. Der bürgerlich dominierte Gemeinderat hat seinerseits ein Polizeireglement erarbeitet und in die Vernehmlassung gegeben. So weit, so gut. Leider schiesst dieser Reglementsentswurf weit über das Ziel hinaus. Es werden darin ein nächtliches Ausgehverbot für unter Zwölfjährige sowie generelle Aufenthaltsverbote auf bestimmten Arealen festgehalten, wie wenn die Zwölfjährigen (mit oder ohne Wodkaflasche, die ohnehin nur in der gemeindepräsidialen



Phantasie zu existieren scheint) das grosse Problem wären. Und die «In-Places» wechseln mit den Generationen. Das Hauptzergernis besteht jedoch darin, dass die Wohlener Jugend gesamthaft in Misskredit gebracht wird. Die JUSO Wohlen, verstärkt durch andere junge Menschen, hat auf verschiedene Weise gegen diese Pauschalverurteilung protestiert, so z. B. auch mit einer Demonstration vor der letzten Gemeindeversammlung. Die SP Wohlen ihrerseits hat eine differenzierte, aber sehr klare Vernehmlassungsantwort eingereicht. Das Ge-

schaft ist auf Antrag unserer GemeinderätInnen verschoben worden, die Vernehmlassung wird ausgeweitet. Es wäre allen Gemeinden eine so aktive und engagierte JUSO-Gruppe zu wünschen.



Martin Lachat
Präsident SPplus Wohlen

IMPRESSUM

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90, bern@spbe.ch, www.spmittelland.ch, www.spbern.ch

Redaktion: Marieke Kruit, Christa Luginbühl, Ursula Marti, Christoph Salzmann, Michael Sutter